



Protokoll der 5. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. Januar 2013, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Karin Jeitziner und Doris Lagnaz

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

- | | |
|---|-----------------------|
| <i>Dem Antrag des Büros wird zugestimmt und als 5. Traktandum das Postulat der BPK „Langsamverkehr beim Quartierplan Mühlematt“ (Nr. 2013/33) behandelt.</i> | (2013/33) |
|
 | |
| 1. Protokoll der Ratssitzung vom 19. Dezember 2012
://: Das Protokoll wird mit der beantragten Berichtigung einstimmig genehmigt. | |
| 2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen
://: Wahl der Kommissionsmitglieder gemäss Vorschlägen der Fraktionen. | 2013/32a |
| 3. Schulanlage Fraumatt – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Sondervorlage Schulanlage Fraumatt; Genehmigung Investitionskredit von TCHF 700
://: Genehmigung von Investitionskredit von TCHF 700 einstimmig. | 2012/16
2012/16a |
| 4. Quartierplan Mühlematt – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK)
Der QP Mühlematt wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 20.03.2013 nochmals beraten. | 2012/18
2012/18a |
| 5. Quartierplan Mühlematt, Langsamverkehr – Postulat der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Langsamverkehrsplanung beim Quartierplan Mühlematt
://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen. | 2013/33 |
| 6. Tourismusbüro – Bericht Stadtrat zum Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros Liestal von Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion
://: Vom stadträtlichen Bericht nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.
://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.
://: Gemäss stadträtlichem Antrag genehmigt der Rat einstimmig einen Nachtragskredit von CHF 24'000.- für das Jahr 2013. | 2011/193
2011/193a |
| 7. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 7 Fragen beantwortet. | - |

- | | | |
|-----|---|-------------------------|
| 8. | Familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich, Pilotprojekt – Bericht Stadtrat zu Postulat der Fraktionen Grüne, SP, CVP/EVP/GLP
<i>://: Mit grossem Mehr gegen 5 Nein-Stimmen wird das Geschäft an den Stadtrat zurückgewiesen.</i> | 2012/201
2012/201a |
| 9. | Verkehrssituation in Liestal – Beantwortung der Interpellation von Diego Stoll namens der SP-Fraktion betreffend aktuellen Verkehrssituation in Liestal durch Stadtrat
<i>://: Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/20 |
| 10. | Zeughausplatz - Postulat zur Aufwertung des Zeughausplatzes von Diego Stoll der SP-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2012/21 |
| 11. | Aufwertung Altstadt – Bericht Stadtrat zum Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt
<i>://: Mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht.</i>
<i>://: Das Postulat wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2007/160
2007/160a-c |
| 12. | Schiessanlage Sichten – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Jürg Holinger der Grünen Fraktion betreffend Schiessanlage Sichten
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2011/196
2011/196a |
| 13. | Lärmschutzmassnahmen Kasernenstrasse – Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Lärmschutzmassnahmen an der Kasernenstrasse
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2011/197
2011/197a |
| 14. | Parkplatzanlagen Kanton – Bericht Stadtrat zum Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend überdimensionierten Parkplatz-Anlagen rund um die kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/9
2012/9a |
| 15. | Sitzbänke auf Gestadeck-Pausenplatz – Beantwortung der Interpellation von John Brunner der SVP-Fraktion betreffend Sitzbänken auf dem Gestadeck-Pausenplatz durch den Stadtrat
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/24 |
| 16. | Parkraum-Bewirtschaftungskonzept - Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend Ausarbeitung eines Parkraum-Bewirtschaftungskonzeptes
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/27 |
| 17. | Trinkwasserverunreinigungen – Beantwortung der Interpellation von Claudio Wyss der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Mikroverunreinigungen im Liestaler Trinkwasser durch den Stadtrat
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/28 |

- | | | |
|-----|---|---------------------|
| 18. | Hofgut Gräubern – Beantwortung der Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend dem unter Schutz stehenden Hofgut „Gräubern“ durch den Stadtrat
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/29
2012/29a |
| 19. | Kinderfreundliche Gemeinde - Postulat von Elisabeth Augustburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Liestal“
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2012/30 |

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung im Jahr 2013.

Speziell werden die neuen Ratsmitglieder Fabian Eisenring (SP), Werner Fischer (FPD), Denise Meyer (SVP) und Markus Rudin (SVP) im Einwohnerrat willkommen geheissen.

Im Moment sind 31 Ratsmitglieder anwesend. Für die heutige Sitzung hat sich Doris Lagnaz der CVP/EVP/GLP-Fraktion abgemeldet.

Sabine Sutter (FDP) informiert, dass sich auch Karin Jeitziner der FDP-Fraktion für die heutige Sitzung entschuldigen lässt.

Hanspeter Stoll (SP) stellt das neue Mitglied Fabian Eisenring (SP) vor: Das neue Ratsmitglied ist 27 Jahre alt und ist nach der kaufmännischen Ausbildung beim Kanton nun bei einer Computer-Handelsfirma tätig. Er ist Liestaler-Bürger und wohnt seit seiner Geburt im Stedtli Liestal, nämlich im Martinshof.

Michael Bischof (FDP) stellt als Fraktionspräsident das neue Ratsmitglieder Werner Fischer (FDP) vor: Wer hier im Rat Werner Fischer nicht kennen sollte, dürfte die Wahlunterlagen der letzten Stadtratswahlen nicht gelesen haben. Seine Fraktion freut sich über das neue Ratsmitglied, denn dieser dürfte als Stadtratskandidat bei den laufenden Geschäften bereits sattelfest sein.

Beat Gränicher (SVP) stellt als Fraktionspräsident die neue Einwohnerrätin Denise Meyer (SVP) vor: Seine Fraktionskollegin ist 36 Jahre alt und Mutter eines 8-jährigen Sohnes. Sie ist kaufmännische Angestellte und zur Zeit als Teilzeitangestellte in einer Buchhaltung tätig. Seit 2 ½ Jahren ist sie als Schulratsmitglied tätig. Ihre Hobbies sind Piccolo-Spielen und das Fischen in der Ergolz. Mit dem Nachrücken von Denise Meyer konnte die Frauenquote in seiner Fraktion um 100 % gesteigert werden.

Als weiteres Ratsmitglied darf er dem Rat Markus Rudin (SVP) vorstellen: Diesen kennt man wohl bestens in Liestal, sei es vom Chienbäse-Umzug oder von der Feuerwehr her. Er ist 1960 in Liestal geboren und in Arboldswil aufgewachsen. Er ist ausgebildeter Agro- und Lastwagenmechaniker, verheiratet und Vater von zwei Söhnen im Alter von 15 und 17 Jahren. Seit 1984 ist er Angestellter der Stadt Liestal und verantwortlich für Unterhaltsarbeiten der Stützpunktfeuerwehr Liestal. In seiner Freizeit widmet er sich Oldtimern und er ist auch Präsident vom Oldtimerverein der Stützpunktfeuerwehr Liestal.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert kurz über einige wichtige Punkte sowie Entscheide:

- Herr Martin Spiess (FDP) hat mit Schreiben vom 24.01.2013 seinen sofortigen Rücktritt als Einwohnerrat erklärt. Das Demissionsschreiben wird verlesen und diesem für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Frau Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) hat mit Schreiben vom 27.01.2013 ihren Rücktritt per Ende Januar 2013 bekannt gegeben. Das Demissionsschreiben wird verlesen und dieser für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Im Anschluss an die heutige Ratssitzung wird um 19.30 Uhr das Jahresschlusssessen stattfinden. Um ca. 17.30 Uhr findet eine kurze Pause statt und die Sitzung wird um ca. 19.00 Uhr geschlossen.

- Die Fraktionspräsidenten haben Änderungswünsche betreffend dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates bis am 04. Februar 2013 dem Ratsschreiber zu melden.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Vorlage Nr. 2013/32a (Ersatzwahlen, Rektifikation)
- Vorlage Nr. 2012/29a (schriftliche Interpellationsantwort Stadtrat)
- Postulat Nr. 2013/33 (neuer Vorstoss, Postulat der BPK)
- Flyer „Weltküche“ vom 02.02.2013
- Vorlagen Nr. 2013/35 – Nr. 2013/38 (neue Vorstösse)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|--|
| - Hanspeter Meyer | Seite A (SP, GL) |
| - Heinz Lerf | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Meret Franke | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Motion der einwohnerrätlichen Fraktionen betreffend Überarbeitung der OEW-Zonen in Liestal (Nr. 2013/35)
- Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal (Nr. 2013/36)
- Postulat „Genossenschaftliches Bauen und Wohnen in Liestal“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion und Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2013/37)
- Postulat „Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2013/38)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach informiert betreffend der Quartierplanung Ziegelhof darüber, dass nach der Referendums- und Urnenabstimmung sowie anschliessenden Planaufgabe zahlreiche Einsprachen innert der 30-tägigen Frist eingegangen sind. Mit den Einsprechern wurden im Anschluss Einigungs- und Verständigungsgespräche geführt. Als nächstes wird der QP Ziegelhof zusammen mit den unerledigten Einsprachen an den Regierungsrat eingereicht und dieser um die Genehmigung der Quartierplanung ersucht.

Traktandenliste

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohnerrat folgenden Antrag stellt:

*Das **BPK-Postulat „Langsamverkehr beim Quartierplan Mühlematt“ (Nr. 2013/33)** soll nach der Behandlung der Vorlage Quartierplanung Mühlematt (Nr. 2012/18) als zusätzliches Geschäft als 5. Traktandum behandelt werden.*

Der Ratspräsident kann feststellen, dass zum Änderungsantrag des Büros keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat der beantragten Traktandenlistenänderung zu, weshalb als 5. Traktandum zusätzlich und neu das BPK-Postulat „Langsamverkehr beim Quartierplan Mühlematt“ (Nr. 2013/33) behandelt wird.

49 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 19. Dezember 2012

Ratspräsident Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass das Büro gemäss Antrag von Daniel Spinnler (FDP) folgende Protokollberichtigung beantragt:

Trakt. 3 / Budget 2013 - Bst. c "Stellungnahme FIKO zu Anträgen", Seite 98, Votum Daniel Spinnler, unterster Abschnitt:

... Die FIKO hatte sich vorgängig der heutigen Ratssitzung nochmals kurz betreffend den eingereichten Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2012/14c getroffen und empfiehlt dem Einwohnerrat mit 5 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen, dem Antrag der SVP zu folgen. ...

Der Ratspräsident kann feststellen, dass zum Änderungsantrag des Büros keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 19. Dezember 2012 wird mit der beantragten Berichtigung einstimmig genehmigt.

50 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2012/32a)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass dem Rat an der heutigen Sitzung die rektifizierte Vorlage als Tischpapier verteilt wurde. Die Liste der vorgeschlagenen Ratsmitglieder gemäss Vorlage Nr. 2012/32a wird namentlich verlesen.

Er stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die vorgeschlagenen Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig folgende Ratsmitglieder wählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Beat Gränicher (SVP) anstelle von Paul Pfaff als ordentliches Mitglied
- Denise Meyer (SVP) anstelle von Beat Gränicher als Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Denise Meyer (SVP) anstelle von Beat Gränicher als ordentliches Mitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Werner Fischer (FDP) anstelle von Martin Spiess als ordentliches Mitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Werner Fischer (FDP) anstelle von Martin Spiess als Ersatzmitglied

51 0.01.011.01 Einwohnerrat

**3. Schulanlage Fraumatt – Bericht der BPK betreffend Sondervorlage
Schulanlage Fraumatt; Genehmigung Investitionskredit von TCHF
700 (Nr. 2012/16)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2012/16a vor: Eine Sicherheitsüberprüfung erfordert bauliche und auch betriebliche Massnahmen besonders bei der Turnhalle der Schulanlage Fraumatt. Gemäss Erläuterungen des Stadtrates finden jährlich zwischen 12 – 20 Anlässe statt, bei welchen die kritische Grösse von 50 Personen überschritten wird. Mit den Investitionen wird keine Nutzungserweiterung bezweckt, sondern es geht darum, dass die bestehenden Räume weiterhin polyvalent und umfassend gebraucht werden können. Mit den priorisierten und vorgezogenen Sanierungsarbeiten sollen unterschiedliche Gebäudezustände verhindert werden. Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch ihre Fraktion finde es richtig, dass die Sanierungsarbeiten ausgeführt werden, da Handlungsbedarf vorhanden ist und die Sicherheitsmängel zu beheben sind. Dass die Turnhalle auch für schulfremde Anlässe genutzt werden kann, ist sinnvoll, da in der Schulanlage Fraumatt keine Aula zur Verfügung steht. Es ist schade, dass die Isolationsarbeiten nicht bereits bei der letzten Sanierung ausgeführt wurden. Im Untergeschoss sind Fenster eingebaut worden und die Grube mit einer Tiefe von 2 – 3 Metern ist immer noch offen. Diesbezügliche Sicherheitsvorkehrungen sollten getroffen werden, damit niemand in diesen Graben fallen kann. Den Anträgen der BPK wird ihre Fraktion zustimmen.

Canan Güngör (SP) legt dar, dass auch die SP-Fraktion dem beantragten Investitionskredit zustimmen wird.

Beat Gränicher (SVP) sagt, auch seine Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen. Der Investitionskredit von TCHF 700 dürfte sicher nicht zu tief sein. In seiner Fraktion ist auch der Sanierungsbedarf zur Behebung der Sicherheitsmängel unbestritten. Er möchte nochmals den Wunsch vorbringen, dass künftig die Pläne zu Einwohnerratsvorlagen so kopiert werden, dass diese auch ohne Lupe gelesen werden können.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass auch seine Fraktion dem Investitionskredit zustimmen wird, und hofft, dass weitere Turnhallensanierungen nicht in jedem Fall gleich viel kosten werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) orientiert, auch die Grüne Fraktion wird dem Kreditantrag zustimmen. Der Kredit wird nicht für eine Nutzungserweiterung beansprucht, sondern ist dafür nötig, dass mit den Sanierungsarbeiten die bestehenden Räumlichkeiten wie bis anhin genutzt werden können.

Stadtrat Franz Kaufmann bedankt sich für die positive Aufnahme des Geschäfts in allen Fraktionen. Die Anregungen aus dem Rat betreffend den Plankopien sowie der Sturzgefahr werden vom Stadtbauamt sicher zur Kenntnis genommen und das Nötige veranlasst. Die Verwaltung ist aktuell daran, die zu treffenden Massnahmen im Zusammenhang mit den Sicherheitsüberprüfungen für alle öffentlichen Gebäude aufzulisten. Die Nutzungsbeschränkung auf max. 50 Personen pro Anlass war in der Vergangenheit schon bei Anlässen der Schule problematisch, und so hofft er, dass die Sanierungsarbeiten bis anfangs des neuen Schuljahres abgeschlossen sein werden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Anträgen den Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission genehmigt der Rat einstimmig einen Investitionskredit für die Schulanlage Fraumatt in der Höhe von TCHF 700.

52 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplan Mühlematt – Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2012/18)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Von Jürg Holinger ist namens der Grünen Fraktion ein Rückweisungsantrag mit folgendem Begehren eingereicht worden: *Rückweisung der Vorlage 2012/18 an den Stadtrat mit dem Auftrag, dass dieser mit dem Kanton eine schriftliche verbindliche Zusage über Anzahl, Art und Weise sowie den Termin für den Rückbau der Parkplätze aushandelt.*

Jürg Holinger (GL) erklärt, dass auch seine Fraktion das Bauprojekt Mühlematt unterstützt. Begrüsst wird auch, dass nun auch das Parkhaus kommen soll, von welchem man schliesslich schon seit sechs Jahren redet. Auch will man der EBL als Bauherrschaft keine grossen Steine in den Weg legen, doch ist nun der Moment gekommen, dem Kanton aufzuzeigen, welche Parkplatz-Politik er aus Sicht seiner Fraktion betreibt. In den letzten neun Jahren wurden vier Einwohnerratsvorstösse und eine Landratsvorlage zum Thema „Parkplätze des Kantons“ eingereicht. So die Interpellation der SP-Fraktion und ein landrätlicher Vorstoss von Esther Maag betreffend dem Brodbeck-Areal im Jahre 2004, bei welchen Regierungsrat und Stadtrat von einem befristeten Provisorium bis im Jahre 2008 gesprochen hatten. Im März 2007 hatte er selbst eine Interpellation betreffend der Parkplätze beim Birmann-Spital eingereicht. Diese wurde vom Stadtrat damit beantwortet, dass diese nicht dauerhaft sein werden, da diese nicht den Zonenvorschriften entsprechen. Im August 2007 wurde ein dringliches Postulat von ihm betreffend den Parkplätzen entlang der Rheinstrasse eingereicht. In der Postulatsbeantwortung des Stadtrates ist die Einsprache der Stadt gegen das Bauge such und auch die geplante Erstellung eines Parkhauses durch die EBL erwähnt worden. Auf die heutige Sitzung ist ebenfalls das Postulat Nr. 2012/9 betreffend den Parkplatzanlagen des Kantons traktandiert. Auch sind in einer letzten Fragestunde die Munzach-Parkplätze thematisiert worden. Gemäss Mühlematt-Quartierplanung werden 70 Parkplätze im Birmann-Spital und 40 Parkplätze im Mühlemattgebiet nicht mehr benötigt. Gleichzeitig werden aber nebst dem geplanten Parkhaus noch 105 neue Parkplätze auf der anderen Seite der Ergolz realisiert. In der stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/18 werden überhaupt keine verbindlichen Aussagen dazu gemacht, was mit den wegfallenden 110 Parkplätzen künftig passieren wird. Mit der Rückweisung des Geschäfts könnte der Stadtrat bei den anschliessenden Verhandlungen mit dem Kanton betreffend dem Rückbau der verschiedenen Kantons-Parkplätze Druck ausüben. Eine Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat ist kein Weltuntergang, sondern eher eine Rückenstärkung für den Stadtrat für die Gespräche mit dem Kanton, welcher beim Kantonsspital und auch bei der EBL beteiligt ist. Es sollte deshalb auch im Interesse des Kantons sein, dass nun eine rasche und konstruktive Lösung gefunden werden kann. Bereits im Jahre 2007 war vom Parkhaus Mühlematt die Rede, und so dürfte es auch nicht weiter tragisch sein, wenn das Projekt nach Gutheissung des Rückweisungsantrages noch eine geringe Verzögerung von schätzungsweise zwei Monaten erfahren würde.

Stadtrat Peter Rohrbach bittet den Rat, den Rückweisungsantrag der Grünen Fraktion abzulehnen. Es ist unrealistisch zu meinen, dass der Stadtrat bereits in den nächsten zwei Monaten konkrete und verbindliche Aussagen machen kann. Die verschiedenen Geschäfte sollen auch nicht miteinander vermischt werden. Es ist extrem wichtig, dass der QP Mühlematt nun die Stufe Einwohnerrat überwinden kann und das Projekt keine Verzögerungen erfährt. Erwähnt sei auch, dass es sich gar nicht bei allen Parkplätzen um diejenigen des Kantons handelt, denn einige davon gehören auch der Basellandschaftlichen Pensionskasse. So hat auch beispielsweise die Umwandlung des bestehenden Fussweges entlang der Ergolz in einen Fuss- und Radweg nichts mit der Quartierplanung Mühlematt zu tun, weshalb von der BPK auch das Postulat Nr. 2013/33 eingereicht wurde.

Jürg Holinger (GL) erklärt, bereits bei den von ihm vorgängig erwähnten Geschäften habe man immer wieder dazu aufgerufen, die Geschäfte nicht miteinander zu verknüpfen. Folglich wurden dann Vorstösse betreffend der Parkplatzpolitik des Kantons durchgewunken bzw. abgeschrieben, ohne dass man damit bis heute dem Ziel auch nur etwas näher gekommen ist. Die Verknüpfung ist vielleicht nicht formal, im vorliegenden Fall aber doch inhaltlich auf jeden Fall gegeben. Auch dürften die Besitzverhältnisse betreffend den Parkplätzen des Kantons und denjenigen des Spitals sowie der Pensionskasse nicht so weit auseinander liegen. Wenn der Kanton und auch die Stadt etwas wollen, dürften diese auch in Kürze gemeinsam dasselbe Ziel erreichen. Auch kann beim Kanton nicht von einem verlässlichen Partner gesprochen werden, wenn dieser trotz seinem Versprechen im Jahre 2007 bis heute noch immer kein Parkplatzkonzept für Liestal vorlegen konnte.

Pascal Porchet (FDP) möchte vollumfänglich das Votum von Stadtrat Peter Rohrbach unterstützen. Die Grüne Fraktion ist ebenfalls in der BPK vertreten und so hätten diesbezügliche Diskussionen in dieser vorberatenden Kommission geführt werden sollen. Gemäss BPK-Bericht wird dem Rat einstimmig die Genehmigung des Quartierplanes beantragt und so erstaunt der soeben gestellte Rückweisungsantrag schon. Auch seine Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass man in seiner Fraktion geteilter Meinung sei. Auch die SVP-Fraktion ist betreffend der Parkplatzpolitik des Kantons schon mehrmals im Rat vorstellig geworden und mit der Situation nach wie vor nicht zufrieden. Es ist schade und unschön, dass die Parkplatzdiskussion nicht bei der Vorberatung des Geschäfts in der BPK geführt wurde. Persönlich ist er zudem der Meinung, dass beim Kanton nur mit Druck etwas erreicht werden kann. Auch beim vorliegenden QP Mühlematt werden wieder zusätzliche Parkplätze gebaut, ohne dass auch nur ein einziger bestehender Parkplatz zurückgebaut wird. In der Annahme, dass das Projekt zeitlich keine grösseren Verzögerungen erfahren wird, wird der Rückweisungsantrag von einer Mehrheit seiner Fraktion unterstützt.

Matthias Zimmermann (SP) meint, der Rückweisungsantrag überrasche auch die SP-Fraktion, doch wird er diesen persönlich unterstützen. Bei der vorliegenden Quartierplanung sind die Überbauung und der Verkehr sehr eng miteinander verbunden und ein inhaltlicher Zusammenhang ist im vorliegenden Fall durchaus gegeben. Schon im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision ist mit dem Kanton der Überhang an kantonseigenen Grundstücken mit OEW-Zonen vergeblich thematisiert worden und auf genau diesen Grundstücken werden vom Kanton kontinuierlich zusätzliche Parkplätze gebaut.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Mittefraktion den Rückweisungsantrag nicht unterstütze, da das eine von dem anderen Geschäft getrennt behandelt werden sollte. Die Begehren der Grünen Fraktion könnten ja auch mit dem BPK-Postulat Nr. 2013/33 thematisiert werden.

Meret Kaufmann (GL) nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers stellt fest, dass die Diskussionen in den Kommissionen durchaus von denjenigen der Fraktionen abweichen können. Der Rückweisungsantrag ist von der Grünen Fraktion ihrer der letzten Sitzung beschlossen worden.

Beat Gränicher (SVP) führt aus, dass im Prinzip das Dauerthema Kantonsparkplätze nun schon einmal thematisiert und bereinigt werden sollte. Leider kommt es nun aber an der heutigen Sitzung schon wieder vor, dass die Grüne Fraktion zu einem Geschäft, welches in einer Kommission vorberaten wurde, einen Rückweisungsantrag stellt. Es ist doch unfair, dass die ganze Kommissionsarbeit mit solchen Anträgen in Frage gestellt wird.

Michael Bischof (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners und führt aus, dass es beim Rückweisungsantrag um Fundamentalpolitik sowie Ideologie gehe. Dafür gibt es aber andere politische Mittel, weshalb der Antrag abzulehnen ist.

Diego Stoll (SP) hält als BPK-Präsident fest, dass die Thematik durchaus auch in der BPK besprochen wurde. Eigentümer der neuen Parkplätze sind der Kanton bzw. die Basellandschaftliche Pensionskasse. So ist es auch klar, dass bei einem Mieterwechsel die Parkplätze nicht automatisch aufgehoben werden. Rechtlich hat die Stadt wenig zu sagen, doch was man politisch unternimmt, ist wiederum ein anderes Thema. Er wird sich bei der Abstimmung über den Rückweisungsantrag enthalten.

Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf das Votum von Michael Bischof und stellt fest, dass man bei fehlenden Argumenten halt mit der Ideologie komme. Es hat nun aber überhaupt nichts mit der Ideologie zu tun, ob man Parkplätze zurückbaue oder nicht.

Thomas Eugster (FDP) unterstützt das Votum des BPK-Präsidenten. Man dürfte sich gewaltig täuschen, wenn man glaubt, dass der Kanton bei einer Rückweisung der stadträtlichen Vorlage unter Druck geraten könnte. Einzig die EBL als Bauherrin dürfte von einem solchen Entscheid betroffen sein und die Folgen tragen müssen. Die Parkplatzproblematik müsste mit einem separaten Vorstoss thematisiert werden. Und so sollten auch die Fraktionen über ihre Kommissionsmitglieder zu Geschäften Einfluss nehmen, sonst bringt es nichts, wenn alle Fraktionen mit mindestens einem Mitglied in den Kommissionen vertreten sind.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, dass bei einer Rückweisung des Geschäfts nicht der Kanton, sondern das Kantonsspital und die EBL bestraft würden. Der Parkplatzbedarf für das Spital dürfte unbestritten sein und auch die EBL möchte Parkplätze für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen. Dem Rat empfehle er deshalb nochmals die Ablehnung des Rückweisungsantrages.

Daniel Spinnler (FDP) stellt fest, dass auch der Kanton mit seinen eigenen Grundstücken tun und lassen kann, was er möchte, sofern dies den Vorschriften entspricht. Es macht vermutlich eher Sinn, dass die Parkplatzproblematik des Kantons zusammen mit der neuen Motion „OEZ-Zonen“ (Nr. 2013/13) thematisiert würde, da dieser neue Vorstoss auch von allen Fraktionen mitunterzeichnet wurde. Mit dem Rückweisungsantrag wird verlangt, dass der Stadtrat erst wieder mit konkreten Lösungen in den Rat kommen darf. Was passiert aber, wenn der Kanton nicht einwilligt und/oder die Verhandlungen länger als zwei Monate dauern würden? Die Ratsmitglieder sind vom Volk gewählt, um Entscheide zu fällen, und nicht, um sich bei Vorlagen, welche von einer Kommission einstimmig gutgeheissen wurden, zu enthalten.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, von den Liestaler-Landratsmitgliedern könnte doch auch ein Vorstoss in erwähnter Angelegenheit im Kantonsparlament eingereicht werden.

Hanspeter Meyer (SVP) bittet den Antragsteller namens der SVP-Fraktion, den Rückweisungsantrag zurück zu ziehen, damit die Quartierplanung Mühlematt keine unnötigen Verzögerungen erfährt. Wie bereits erwähnt, sollten die Kräfte aller Fraktionen im Zusammenhang mit der Motion Nr. 2013/13 gebündelt werden, damit man beim Kanton endlich etwas erreichen kann.

Jürg Holinger (GL) hält fest, dass von seiner Fraktion das eine Ziel doch erreicht wurde, indem sich heute alle Gedanken betreffend der unglücklichen Parkplatz-Situation und Vorgehensweise des Kantons Gedanken gemacht haben. Er erklärt sich deshalb bereit, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen.

Diego Stoll (SP) stellt als Kommissionspräsident kurz den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/18a vor: Nach der vorgängigen Debatte möchte er den Eindruck korrigieren und festhalten, dass die Kommission an drei Sitzungen sehr gut geschafft und sich mit dem QP Mühlematt befasst hatte. Alle Fragen konnten vom Stadtrat abschliessend beantwortet werden. Beim Parkhaus handelt es sich nicht um ein Parkhaus mit öffentlichen Parkplätzen, denn die Parkplätze sind für die Angestellten des Spitals und der EBL bestimmt. An dieser Stelle darf sicher auch gewürdigt werden, dass von einem Investor im Zusammenhang mit dem vorliegenden Projekt rund 14 Mio. Franken investiert werden. Zuerst hatte sich die BPK mit der Baustelleneinrichtung befasst, da von einigen Anwohnern diesbezügliche Bedenken angemeldet wurden. Vom Stadtbauamt wurde versichert, dass man sich im Rahmen des Baugesuchsverfahrens dafür einsetzen werde, dass die Baustellenerschliessung über die Gasstrasse erfolgt. Auch die Parkplätze wurden thematisiert, doch nach der vorgängigen Diskussion wird er darauf an dieser Stelle nicht nochmals eingehen. Auch der Langsamverkehr ist im Zusammenhang mit dem QP Mühlematt thematisiert worden, worüber auch unter Pkt. 2.4 des Kommissionsberichtes detailliert informiert wird.

Der diesbezüglich gestellte Antrag mit verpflichtendem Auftrag an den Stadtrat ist rechtlich nicht möglich bzw. zulässig. Rechtlich ist es schon so, dass der Einwohnerrat den QP und das Reglement absegnen kann. Alles andere liegt nicht in der Zuständigkeit des Rates, weshalb der BPK-Antrag 3.1 auch zurückgezogen wird. Politisch wäre es theoretisch möglich gewesen, die Forderungen der BPK mit einem Rückweisungsantrag an den Stadtrat geltend zu machen. Darauf habe man aber verzichtet und deshalb das BPK-Postulat Nr. 2013/33 eingereicht.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) macht darauf aufmerksam, dass Quartierplanungen gemäss § 78 des Geschäftsreglementes zweifach zu beraten sind. Das heisst, dass Entscheide erst nach der Beratung an der nächsten Sitzung gefällt werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt die Vorgehensweise der BPK betreffend der Umwandlung des Antrages 3.1 der Vorlage Nr. 2012/18a in das Postulat Nr. 2013/33. Ihre Fraktion wird dem Quartierplan Mühlematt einstimmig zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) informiert, auch die SVP-Fraktion wird dem QP Mühlematt gemäss Antrag des Stadtrates und der BPK zustimmen. Es ist nicht das erste Mal, dass dem Rat ein Quartierplan unterbreitet wird, bei welchem am Schluss noch Diskussionen betreffend fehlenden Velowegen geführt werden. Solche sollten nun künftig wirklich gleich von Anfang an eingeplant werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) führt aus, dass von der EBL als Bauherrschaft mit dem Bau des Parkhauses das jetzige Gelände mit Parkplätzen besser genutzt werden kann. Die Schaffung bzw. Konzentrierung von Parkplätzen in einem Parkhaus wird begrüsst. Es ist ein gutes Projekt, welches beispielsweise nach Minergie-Standard realisiert wird und auch das Landschaftsentwicklungskonzept LEK berücksichtigt. Mit der massiven Nutzungserweiterung bekommt die Bauherrschaft einen deutlichen Mehrwert. Mit dem zusätzlichen Autoverkehr wird aber auch der Fussgänger- und Velofahrerverkehr im betreffenden Gebiet zusätzlich belastet. Es ist deshalb wichtig, dass gerade für die Kinder die gefährlichen Trottoirwechsel im Bereich Schöntalweg auch in der vorgemerkten neuen Tempo 30-Zone mit zusätzlichen Fussgängerstreifen signalisiert werden. Auch wird von seiner Fraktion die von der BPK vorgeschlagene Weiterführung des Fuss- und Radweges entlang der Ergolz begrüsst. Die Grüne Fraktion will, dass vom Stadtrat noch Verhandlungen mit dem Kanton betreffend der Aufhebung und dem Rückbau von bestehenden Parkplätzen geführt werden, damit sie der Vorlage vorbehaltlos zustimmen kann. In der jetzigen Situation hat deshalb seine Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf das Votum des SVP-Fraktionssprechers betreffend der rechtzeitigen Berücksichtigung von Velowegen etc. bei weiteren Planungen. Es macht wohl schon Sinn, dass künftig die BPK bei solchen Planungen früher als bis anhin mit einbezogen bzw. begrüsst würde.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, seine Fraktion befürworte klar die Quartierplanung Mühlematt mit einer Zentralisierung der zerstreuten Parkplätze in ein Parkhaus. Auch er ist der Meinung, dass mit der neuen Motion „OEW-Zonen“ bereits der richtige Weg eingeschlagen wurde, damit auf den Kanton Druck ausgeübt werden kann. Der neue Quartierplan ist ein weiteres positives Zeichen für die Attraktivität von Liestal und man nimmt auch erfreut zur Kenntnis, dass sich das Stadtbauamt und die BPK ausgiebig dem Thema Langsamverkehr gewidmet hatten. Die FDP-Fraktion wird der Quartierplanung Mühlematt zustimmen.

Matthias Zimmermann (SP) stellt fest, dass mit der Grossbaute mit sechs Etagen ein grosser Eingriff in die Landschaft stattfinden wird. Ein enger Zusammenhang zwischen Bebauung und Verkehr ist auch beim vorliegenden Quartierplan wiederum sehr gut erkennbar. Der Verkehr bei der Mühlemattstrasse wird um rund 25 % zunehmen und darum ist auch dem Langsamverkehr die gebührende Beachtung zu schenken. Die SP-Fraktion wird der Quartierplanung Mühlematt und auch dem zugehörigen BPK-Postulat Nr. 2013/33 zustimmen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Die Quartierplanung Mühlematt wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 20. März 2013 nochmals beraten.

53 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierplan Mühlematt, Langsamverkehrsplanung – Postulat der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Langsamverkehrsplanung beim Quartierplan Mühlematt (Nr. 2013/33)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen wird, wie das der BPK bereits auch schon mitgeteilt wurde. Auch wird das Stadtbauamt bei weiteren Quartierplanungen ebenfalls der Verkehrsplanung vermehrt und frühzeitig die gebührende Beachtung schenken.

Diego Stoll (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass er bereits bei der Beratung des vorhergehenden Geschäftes mitgeteilt habe, dass die BPK den Antrag 3.1 der Vorlage Nr. 2012/18 nun in das Postulat eingepackt hat.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) beobachtet jeden Mittag, wie durch die Mühlemattstrasse gerast wird. Die Einführung einer Tempo 30-Zone oder andere verkehrsberuhigende Massnahmen sind nötig. Ihre Fraktion würde es auch interessieren, was neben den bestehenden Personal-Parkplätzen am Rand neben dem neuen Fussgänger- und Veloweg in Richtung Schildareal gebaut wird, wo eine grosse Baugrube in der Grundwasserzone ersichtlich ist.

Stadtrat Peter Rohrbach beantwortet die Frage damit, dass dort das Verwaltungs- und Direktionsgebäude des Spitals entstehen wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2013/33 an den Stadtrat überwiesen.

54 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Tourismusbüro – Bericht Stadtrat zum Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros Liestal von Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion (Nr. 2011/193)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Beat Gränicher (SVP) hält als Postulant fest, dass er den Vorstoss im November 2011 stellvertretend für seinen damals abwesenden Fraktionskollegen Hanspeter Meyer unterschrieben hatte.

Hanspeter Meyer (SVP) ist froh, dass nach diversen vergeblichen Versuchen nun doch betreffend einer Tourismusförderung etwas geht. Nach dem positiven stadträtlichen Bericht bedarf es auch seinerseits keiner weiteren Ergänzungen.

Peter Küng (SP) erklärt stellvertretend für den zweiten Postulanten Franz Kaufmann als Mitunterzeichner des Vorstosses, dass die SP-Fraktion nach der anfänglichen Skepsis nun doch auch den stadträtlichen Anträgen zustimmen kann.

Lorenz Rudin (FDP) sagt, auch seine Fraktion betrachte den Tourismus als integralen Bestandteil einer sinnvollen Standortförderung. Wichtig ist aber, dass der Tourismus professionell gefördert wird. Mit dem beantragten Kredit von CHF 24'000.- und Leistungsvereinbarung mit klar definierten Zielen dürften die Aufgaben sowie Tätigkeiten des Vereins „Liestal Tourismus“ auch einfacher werden und die Grundsteine für eine professionelle touristische Präsenz gelegt sein. Seine Fraktion wird grossmehrheitlich dem Kreditbegehren zustimmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass der Abschluss einer Leistungsvereinbarung für drei Jahre mit regelmässiger Berichterstattung des beauftragten Vereins durchaus Sinn macht. Nach dieser Zeitspanne kann man dann wieder über eine Fortsetzung des Leistungsauftrages verhandeln. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Meret Franke (GL) informiert, auch ihre Fraktion unterstütze die Vorgehensweise des Stadtrates und wird seinen Anträgen zustimmen. Vor der Erneuerung der Leistungsvereinbarung soll diese rechtzeitig beurteilt und überprüft werden.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für gute Aufnahme der stadträtlichen Vorlage und Anträge im Rat. Die Unterstützung des VVL bzw. des Vereins Liestal Tourismus ist ein Geschäft, welches schon lange in Diskussion ist. Nach Ablauf der dreijährigen Leistungsvereinbarung wird der Stadtrat bilanzieren und dem Einwohnerrat wieder Bericht und Antrag unterbreiten. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass man sich nicht alleine auf das Tourismusbüro beschränkt, denn der Fokus muss weiter gehen, wie dies auch in der Vereinbarung unter den Entwicklungsprojekten für die Jahre 2013 – 2015 grob umschrieben wird. Aktuell ist man daran, ein neues Projekt und Angebot für Liestal zu lancieren, über welches der Stadtrat an der März-Sitzung noch informieren wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Über die drei Anträge gemäss Vorlage Nr. 2011/193a wird einzeln abgestimmt.

- ://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/193a nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.
- ://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2011/193 als erfüllt abgeschrieben.
- ://: Gemäss stadträtlichem Antrag genehmigt der Rat einstimmig einen Nachtragskredit in der Höhe von CHF 24'000.- für das Jahr 2013.

55 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Gefährdung Verkehrssicherheit durch Bäume/Sträucher
Auf diese Problematik habe ich schon mehrfach hingewiesen, ohne dass entscheidende Veränderungen erfolgt sind. So ist z.B. die Sicht bei der Einfahrt der Spitalstrasse in die Rheinstrasse stark durch Bäume und Sträucher beeinträchtigt. Ähnliche Behinderungen sind im Bereich der Gestadeck-Kreuzung festzustellen. Ist der Stadtrat bereit, dafür zu sorgen, dass diese Anliegen endlich ernst genommen werden, bevor es zu Unfällen kommt, die eigentlich vermieden werden könnten?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Frage kann bejaht werden. Diese Frage stellt sich alle Jahre wieder. Das Zurückschneiden von Bäumen und Sträuchern ist eine klassische Winterarbeit der Stadt und auch des Kantons. Auch werden die Privaten alljährlich an ihre Pflichten betreffend dem Unterhalt von Bäumen, Hecken und Sträuchern erinnert. Nach einer heutigen Augenscheinahme interpretiert sie die Frage so, dass der Fragesteller wohl der Meinung ist, dass gewisse Sträucher wohl ganz weg sollten. Diesbezüglich werden von den Betrieben in einzelnen Fällen noch die Eigentümer kontaktiert.

2. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Touristische Informationssäule in Allee
Heute kann jedermann jederzeit selber via Internet alle nötigen Infos holen. Bringt diese Informationssäule überhaupt einen Nutzen? Wie sieht es mit Beschädigungen aus und wie hoch sind die Kosten generell?

Stadtpräsident Lukas Ott: Die Informationssäule ist insbesondere für die Tagestouristen erstellt worden, die sich in Bahnhofsnähe über das lokale Angebot informieren möchten. Diese Säule wird von Tourismus Baselland betrieben und diese wird noch die Wirkung aller Info-säulen im Kanton demnächst auswerten. Die Säule ist bisher nicht durch Vandalenakte beschädigt worden und es sind auch keine technischen Probleme bekannt. Für den Unterhalt werden jährlich CHF 1'500.- budgetiert.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Zone 30 im Gräuber-Gebiet

Ist die Einführung der 30er Zone im Gräubern-Gebiet auch vorgesehen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Nein, dort ist vorderhand die Einführung von Tempo 30 nicht vorgesehen.

4. Frage / Thomas Eugster (FDP) – H2-Sanierung: Zentrumsanschluss-Projekt

Gemäss früheren Angaben der Stadt Liestal sollte die Planung der Sanierung der H2 inkl. dem gewünschten Zentrumsanschluss als ausführungsfähiges Projekt per Anfangs 2013 vom Kanton BL an den Bund übergehen. Frage: Ist diese Übergabe termingemäss erfolgt? Was ist der aktuelle Stand dieser Angelegenheit?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Autobahnen werden von der ASTRA übernommen, im Fall von Liestal ist Zofingen zuständig. Die Übernahme sollte per 1.1.2014 erfolgen. Der Kanton hatte Liestal diesbezüglich immer wieder unterstützt, aber auch immer wieder betont, dass fast durchwegs das Genehmigungsverfahren des Bundes gilt. Die Realisierung wird sehr stark von den finanziellen Mitteln abhängig gemacht, welche zur Verfügung stehen.

5. Frage / Daniel Spinner (FDP) – Törli-Glöckli

"S'Törliglöckli lüetet scho": Wieso läutet das Törliglöckli zwischen 3 - 7 Minuten vor der Martinskirche und inwiefern kann der Läutvorgang des Törli auf die Kirche angepasst werden?

Stadtrat Peter Rohrbach: Es ist das Privileg des Törli-Glöckli, eine Minute vor der Martinskirche läuten zu dürfen. Das mechanische Uhrwerk ist sehr alt und muss alle zwei Wochen wieder von Experten einreguliert werden.

6. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Verbot für sexistische Werbung

Anfang Januar hat auf dem Bahnhof (nähe Kiosk) ein Anbieter von sexuellen Dienstleistungen mit einem Plakat öffentlich Werbung gemacht. Da dieses Plakat auf öffentlichem Grund ausgehängt worden ist, konnten sich die daran vorbeigehenden Menschen, insbesondere Kinder, dieser Werbung nicht entziehen. So wie Tabakwerbung seit einigen Jahren verboten ist, sollte auch sexistische Werbung verboten werden. Wäre der Stadtrat bereit, ein solches Verbot zu prüfen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Auch der Stadtrat ist mit der erwähnten Werbung nicht einverstanden. Juristische Abklärungen werden getroffen und diesbezügliche Massnahmen sowie Verbote in der Verordnung des neuen Reklamereglement gegebenenfalls noch geregelt.

7. Frage / Corinne Ruesch (GL) – Velostreifen an der Büchelistrasse

Der neue verlängerte Velostreifen an der Büchelistrasse ist nicht mit einer ausgezogenen Linie markiert und darf somit von der aus der Gegenrichtung kommenden Autos überfahren werden. Was spricht dagegen die im Moment gestrichelte Linie auszuziehen, damit die mit dem Velo bergwärts Fahrenen sicherer sind?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Frage kann er hier und heute nicht beantworten, da diese Frage erst heute eingegangen ist und diesbezügliche Abklärungen kurzfristig nicht möglich waren.

8. Frage / Corinne Ruesch (GL) – Spielplatz Brunnmatt

Seit der Erneuerung der Arisdörferstrasse sind sowohl der diesseitige alte Ausgang wie auch der durch den neuen Weg entstandenen Ausgang des Spielplatzes Brunnmatt nicht mehr durch eine Türe schliessbar. Dadurch entsteht für die Kinder die Möglichkeit, ohne Hindernis auf die Arisdörferstrasse zu rennen. Sind Türen - analog zu den Ausgängen auf Seite Heidenlochstrasse – geplant? Wenn ja, wann werden diese angebracht?

Stadträtin Regula Nebiker: Der neue Zugangsweg ist später realisiert worden und die Montage eines Törlis war nicht eingeplant. Von den Betrieben wird die Situation beobachtet und gegebenenfalls noch ein Törli montiert.

56 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich, Pilotprojekt – Bericht Stadtrat zum Postulat der Fraktionen Grüne, SP, CVP/EVP/GLP (Nr. 2012/201)

Ratspräsident Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) bittet diejenigen Fraktionen, welche das Postulat eingereicht hatten, sich zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2012/201a zu äussern.

Erika Eichenberger (GL) bedankt sich als Mitunterzeichnerin des Postulates für die schnelle Postulatsbeantwortung durch den Stadtrat. Dies zeigt doch auch, dass es ebenfalls ein Anliegen des Stadtrates ist, mit einem Angebot möglichst bald starten zu können. Es gibt schon viele Eltern, die schon lange auf ein entsprechendes niederschwelliges Angebot warten. Die Meinungen zum Pilotprojekt sind sehr unterschiedlich. So möchten die einen lieber den Spatz auf der Hand als die Taube auf dem Dach, denn vom Stadtrat ist nun eine ausgesprochene Sparvorlage unterbreitet worden. Mit einem Angebot von zwei Tagen pro Woche können wohl keine Elternteile zum Wiedereinstieg ins Berufsleben ermuntert werden. Der Tarif wird sehr tief gehalten, was vor allem für Alleinerziehende oder Familien mit tieferen Einkommen Sinn macht. Doch wird damit auch aufgezeigt, dass die Erziehung und Betreuung von Kindern wenig Wert hat. Es sollte deshalb ein angemessener und ausgewogener Preis für eine gute Leistung verlangt werden, wie dies die Kindertagesstätten oder Tagesfamilien auch verlangen, nämlich einkommensabhängige Tarife. Die Grüne Fraktion und auch die SP-Fraktion stellen einen Rückweisungsantrag, damit die Vorlage vom Stadtrat nochmals betreffend den angebotenen Tagen sowie der Tarifstruktur überarbeitet werden kann. Auch sollte in der neuen Vorlage angegeben werden, wie lange das Pilotprojekt dauern soll. Ein solches Pilotprojekt sollte auch maximal 1 – 2 Jahre dauern.

Patrick Mägli (SP) unterstützt den Antrag seiner Vorrednerin. Seine Fraktion setzt sich schon lange für Tagesstrukturen im Schulbereich ein, zumal der Bedarf seit der Umfrage im Jahre 2006/2007 längst ausgewiesen ist. Nun müssen Lösungen gefunden werden, welche in den politischen Kreisen breit abgestützt sind und auf welche sich Eltern mit Kindern auch langfristig verlassen können. Das Betreuungsangebot für nur gerade 2 Tage in der Woche macht keinen Sinn, ist deshalb äusserst fraglich und dürfte schlussendlich die Auswertung des Pilotprojektes verfälschen. Andere Wege und Lösungen für das Pilotprojekt müssen gefunden werden. Weshalb wird beispielsweise das Pilotprojekt nicht flächendeckend eingeführt? Der Elternbeitrag von CHF 10.- pro Nachmittag ist für die Betreuung von Kindern sehr günstig und entspricht der Vorlage aus dem Jahre 2009. Dies dürfte auch einer der wichtigsten Gründe dafür gewesen sein, dass die Vorlage schon damals scheiterte. Eltern mit höheren Einkommen würden sich sicher damit einverstanden erklären können, dass sie mehr als Eltern mit einem tieferen Einkommen bezahlen und beispielsweise einen Kostenbeitrag von CHF 20.- bis 30.- pro Nachmittag und Kind bezahlen würden. Die Kostenbeiträge betreffend dem Mittagstischangebot sollen keine Änderungen erfahren. Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass für die Kinderbetreuung qualifiziertes Personal angestellt wird und dieses deshalb auch etwas mehr kosten darf. Auch möchte er beliebt machen, dass von der Stadt der Verein, welcher sich für die Betreuung von Kindern während den Schulferien einsetzt, finanziell unterstützt wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion lehne den Rückweisungsantrag ab, denn auch beim vorliegenden Geschäft ist das Glas halb voll und nicht halb leer. Der Stadtrat hat mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln das Betreuungsangebot wesentlich verbessert.

Thomas Eugster (FDP) teilt mit, auch die FDP-Fraktion stelle einen Rückweisungsantrag. Ein Pilotprojekt kann grundsätzlich eine gute Möglichkeit sein, um den wirklichen Bedarf für einen späteren Gesamtausbau testen zu können. Doch macht ein solches Projekt auch nur dann Sinn, wenn ein solches die spätere Wirklichkeit abbildet. Im vorliegenden Fall würde es aber bedeuten, dass man schlussendlich wieder auf dieselben Nettokosten kommen würde, wie dies im Jahre 2008 der Fall war, wo das Projekt bzw. der diesbezügliche Einwohnerratsbeschluss vom Volk an der Urne ganz klar abgelehnt wurde. Vermutlich hat man daraus noch keine Lehren gezogen, denn gemäss vorliegendem Bericht soll die Tarif- und Kostenstruktur gar noch mehr subventioniert werden, als dies vor Jahren der Fall war. Es ist der Auftrag des Stadtrates, dass familienergänzende Tagesstrukturen angeboten werden, die diesen Namen auch verdienen. Aber es ist nicht die Meinung, dass die Bevölkerung solche Angebote praktisch kostenlos nutzen kann. Denn das wäre auch eine Ungerechtigkeit gegenüber solchen Eltern, welche ihre Kinder selbst betreuen. Mit dem vorgeschlagenen Beitrag von CHF 10.- pro Nachmittag würden von der Stadt auch private Angebote vom VTOB usw. kaputt gemacht. Der vorgeschlagene Weg des Pilotprojektes ist unglücklich, denn von einem echten familienergänzenden Betreuungsangebot kann bei der vorgeschlagenen Betreuung von zwei Tagen pro Woche sicher nicht die Rede sein. Es wäre sicher auch zweckmässiger, das Betreuungsangebot beim Pilotprojekt auf 1 – 2 Schulhäuser, jedoch für 5 Tage anzubieten. Zu bemängeln ist ebenfalls, dass die veranschlagten Personalkosten eindeutig zu hoch sind. Die Kosten für pädagogisch ausgebildetes Personal sowie für Leitungspersonal von Kindertagesstätten liegen bis zu 25 % tiefer, als diejenigen der Stadtratsvorlage. Es ist nicht ganz klar, ob die Tarife für Alleinerziehende und/oder für Eltern mit zwei erwerbstätigen Personen gelten usw. Auch werden bezüglich den zusätzlichen Kosten in der Vorlage Nr. 2012/201a unterschiedlich Beträge beziffert, welche doch übereinstimmen sollten. Der Rückweisungsantrag beinhaltet folgende Begründungen sowie Forderungen:

Die FDP-Fraktion beantragt, dass auf die Vorlage Nr. 2012/201a nicht eingetreten wird mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, die

- die im Endausbau für die Stadt Liestal anfallenden Nettokosten von CHF 300'000.- nicht übersteigt, indem insbesondere die Kosten der Betreuungspersonen (aktuell 40.-/Std.) auf ein im Vergleich zu anderen Strukturen angemessenen Verhältnis reduziert werden*
- wenn immer mögliche eine Betreuung der Kinder von morgens 7 Uhr bis abends 18 Uhr ermöglich, und dies 5 Tage in der Woche*
- in den Schulferien ebenfalls eine Betreuung anbietet und z.B. das Betreuungsangebot vom Verein „Ferienbetreuungsinitiative“ nutzt*
- die Eltern in einem ähnlichen Rahmen an den Kosten beteiligt, wie dies bei privaten Angeboten der Fall ist (z.B. VTOB)*
- schliesslich eine juristisch solidere Grundlage aufweist (Reglementsänderungen)*

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, auch die SVP-Fraktion spricht sich für eine Rückweisung des Geschäfts aus. Auch seine Fraktion ist grundsätzlich bereit, dass sinnvoll in familienergänzende Tagesstrukturen investiert wird, aber dies bitte mit Mass und mit Blick auf das Ganze. Auch beim vorliegenden Geschäft möchte man wieder alles professionell machen, was dann auch die Kosten entsprechend in die Höhe treibt.

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, er habe die verschiedenen Voten mit grossem Interesse entgegen genommen. Ein umfassendes und flächendeckendes Betreuungsangebot mit einem Betrag von rund CHF 150'000.- ist einfach nicht möglich. Der Stadtrat ist schon mit zwei früheren Vorlagen wegen den Finanzen grandios gescheitert. Beim vorgeschlagenen Pilotprojekt ist der Stadtrat im Ansatz davon ausgegangen, dass man ein Angebot mit dem zur Verfügung stehenden budget-verträglichen Betrag von CHF 150'000.- anbietet. Man will die Lücken zwischen den bestehenden Angeboten „Mittagstisch“ und „Aufgabenhort“ füllen und ergänzen. Es ist deshalb schon fraglich, ob denn eine Änderung auf einzelne Gemeindegebiete, jedoch mit einem tagtäglichen Betreuungsangebot gerechter wäre, als der vom Stadtrat unterbreitete Vorschlag mit einem flächendeckenden Angebot für aber nur gerade 2

Tage pro Woche. Die Bestimmung vom Montag und Dienstag als Betreuungstag basiert auf den guten Frequenzzahlen beim Mittagstisch sowie beim Aufgabenhort an diesen zwei Tagen. Das Angebot soll auch von einkommensschwachen Eltern genutzt werden können und eine Erhöhung des Elternbeitrages dürfte dann bei Familien mit mehr als einem Kind die finanziellen Möglichkeiten übersteigen. Dass die Tarifstruktur überdenkt werden muss, ist ihm auch klar geworden. Erfreulich ist es, dass sich alle Fraktionen im Grundsatz positiv zur familienergänzenden Tagesbetreuung geäußert haben. Verschiedene Fragen und neue Aspekte sollten vom Stadtrat nochmals geklärt und geprüft werden. Deshalb erklärt sich der Stadtrat bereit, seine Vorlage Nr. 2012/201a zurück zu nehmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) freut es, dass der Stadtrat die Tarifstruktur nochmals überdenken möchte. Regelmässig wird sie von einer Lehrerin vom Schulhaus Burg angeschrieben, welche das zusätzliche Angebot eines Frühstückstisches anregt. Vielleicht könnte auch diese Anregung und Idee bei den weiteren Abklärungen mitberücksichtigt werden.

Corinne Ruesch (GL) nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers und hält bezüglich den angeblich zu hoch veranschlagten Gehaltskosten fest, dass man doch zwischen Kleinkindererziehern und Sozialpädagogen mit pädagogischen Ausbildung auf den oberen Stufen unterscheiden muss.

Michael Bischof (FDP) berichtet, dass er nach der heutigen Diskussion der Meinung ist, dass im Zusammenhang mit der anstehenden Revision des Ratsreglementes doch die Bildung einer Sozial- und Sicherheitskommission geprüft werden sollte. Denn solche Diskussionen, wie sie heute im Rat geführt wurden, gehören in eine vorberatende Kommission.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) würde es bedauern, wenn die Vorlage zurückgewiesen würde, denn dadurch würde das so wichtige Pilotprojekt-Start unnötige Verzögerungen erfahren.

Pascal Porchet (FDP) meint, nicht nur ihm dürfte der Weg zum Ziel nicht ganz klar sein. Es macht vermutlich Sinn, wenn der Stadtrat zusammen mit Fraktionsvertretern zuallererst das weitere Vorgehen besprechen würden, bevor er sich überhaupt mit der Ausarbeitung von neuen Vorlagen befasst.

Stadtrat Franz Kaufmann meint betreffend dem weiteren Ablauf, dass er bereits gesagt habe, dass der Stadtrat die Vorlage zur Überarbeitung zurücknehmen werde.

Ratspräsident Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) hält bezüglich der Formalitäten fest, dass gleich zwei Rückweisungsanträge vorliegen und nun der Stadtrat seine Vorlage auch noch zurücknehmen möchte. Er schlägt betreffend dem weiteren Vorgehen vor, dass von der FDP-Fraktion der detaillierte Rückweisungsantrag zurückgezogen wird. Den FDP-Antrag darf er eigentlich gar nicht entgegen nehmen, denn man habe ein Postulat mit Detailangaben und dieses darf nicht mit dem formulierten Rückweisungsantrag inhaltlich total umgekrempelt werden. Er wird deshalb nur über die Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat abstimmen lassen.

Stadtrat Franz Kaufmann stellt fest, dass eine Abstimmung gar nicht nötig ist, da ja der Stadtrat seine Vorlage zurück zieht.

Ratspräsident Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) entgegnet, er möchte eine Abstimmung über die Rückweisung der stadträtlichen Vorlage.

Daniel Spinnler (FDP) stellt einen Ordnungsantrag und möchte das weitere Vorgehen geklärt haben. Die Rücknahme der Vorlage durch den Stadtrat ist nicht zulässig. Die Rückweisung eines Geschäfts mit Auflagen gemäss Formulierung von Thomas Eugster ist möglich. Der Rat hat deshalb über beide Rückweisungsanträge abzustimmen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann den Aussagen von Daniel Spinnler zustimmen.

Er stellt nach Umfrage fest, dass Thomas Eugster seinen Antrag nicht zurückziehen wird.
Die beiden Rückweisungsanträge werden verlesen.

Walter Leimgruber (SP) stellt einen Ordnungsantrag und führt aus, dass der Antrag von Thomas Eugster zu kompliziert ist, um darüber abstimmen zu können.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass Ratsmitglieder, die den Antrag von Thomas Eugster zu kompliziert finden, diesen bei der anschliessenden Abstimmung ja auch nicht unterstützen müssen.

Walter Leimgruber (SP) möchte, dass über seinen Ordnungsantrag abgestimmt wird: Der Rat soll zuallererst entscheiden, ob der Antrag von Thomas Eugster überhaupt zulässig ist bzw. ob über diesen überhaupt abgestimmt werden kann.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass der Antrag von Thomas Eugster zulässig ist und er damit auch nicht über den Ordnungsantrag abstimmen lässt.

://: Dem Rückweisungsantrag von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion und der SP-Fraktion stimmen 20 Ratsmitglieder zu.
Dem Rückweisungsantrag von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion stimmen 14 Ratsmitglieder zu.

://: Mit grossem Mehr gegen 5 Nein-Stimmen wird das Geschäft an den Stadtrat zurückgewiesen.

57 0.01.011.01 Einwohnerrat

**9. Verkehrssituation in Liestal - Beantwortung Interpellation von
Diego Stoll namens der SP-Fraktion betreffend aktuellen Verkehrs-
situation in Liestal (Nr. 2012/20)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Diego Stoll
SP Fraktion*

Liestal, 20. Oktober 2012

Postulat zur Aufwertung des Zeughausplatzes

Bereits im September 2006 wurde ein Postulat betreffend Zeughausplatz an den Stadtrat überwiesen, mit der Auflage, insbesondere der Parkplatz- und der Verkehrsführungsfrage Beachtung zu schenken (2006/116). In den Zwischenberichten und dem Schlussbericht (2006/116a, 2006/116b, 2006/116c) hat sich der Stadtrat zu einer Aufwertung des Zeughausplatzes bekannt. Gleichzeitig wurde das Postulat abgeschrieben.

In der Zwischenzeit hat sich die Situation durch den Manor-Neubau (Fertigstellung im Jahr 2013) und der deutlichen Annahme des Quartierplans Ziegelhof deutlich verändert. Mit über 500 Parkplätzen bei den beiden zukunftsweisenden Projekten ergeben sich für den Zeughausplatz neue Perspektiven. Im Abstimmungskampf zum neuen Coop wurde von der Bevölkerung immer wieder auf die Wunschvorstellung eines verkehrsfreien Zeughausplatzes hingewiesen.

Ich ersuche daher den Stadtrat zu prüfen, mit welchen Massnahmen der Zeughausplatz nach Realisierung des Quartierplans Ziegelhof zu einem attraktiven zentrumsnahen Treffpunkt aufgewertet werden kann. Mit folgenden Vorgaben:

- *der Platz wird autofrei,*
- *die oberirdischen Parkplätze werden aufgehoben,*
- *die Verkehrsführung wird so gestaltet, dass die Zufahrt zu einzelnen Fachgeschäften gewährleistet ist.*

Diego Stoll

* * * * *

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt zum Vorstoss und den Fragen des Interpellanten wie folgt Stellung:

- Als wichtigste Bestandteile des Verkehrskonzeptes können aufgeführt werden, dass die Poststrasse nicht mehr eine Durchgangsstrasse sein soll und dass der Kanton die Rosenstrasse übernimmt. Anpassungen sind nicht nötig.
- Der Stadtrat ist grundsätzlich nicht bereit, den Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz aufzuheben.
- Der Stadtrat wäre sehr interessiert daran, den Verkehrsstrom wie vorgeschlagen zu kanalisieren, doch handelt es sich dabei um Kantonsstrassen. Diesbezügliche Gespräche und Verhandlungen mit dem Kanton finden statt.
- Die Büchelistrasse soll weiterhin eine Durchgangsstrasse bleiben.
- Es stellt sich schon die Frage, ob man den Törliplatz überhaupt entlasten will oder nicht. Der künftige Verkehrsstrom muss nach der Eröffnung des neuen Manor beobachtet und gegebenenfalls erste Massnahmen wie bspw. die Neuregelung der Phasen bei Lichtsignalanlagen etc. getroffen werden. Der Wasserturmplatz soll weiterhin ein wichtiger ÖV-Verkehrsknotenpunkt bleiben. Die Poststrasse ist nach wie vor noch als Durchgangsstrasse beliebt, was sich aber mit dem neuen Verkehrsaufkommen beim Wasserturmplatz noch ändern könnte.

Diego Stoll (SP) dankt als Interpellant für die Ausführungen von Stadtrat Peter Rohrbach, wünscht aber die Diskussion. Die Antworten sind auch für ihn nicht ganz neu, konnte er diese doch schon in Zeitung lesen, was ihn schon etwas geärgert habe. Mit Leserbriefen konnte dann die ganze Angelegenheit doch noch zur Zufriedenheit erledigt werden. Mit seiner Interpellation wollte er bezwecken, dass man das Verkehrskonzept im Bereich des Törliplatzes etwas genauer anschaut, nach der Realisierung der Manor-Neubaute neu beurteilt und gegebenenfalls Anpassungen vornimmt. Der Mehrsuchverkehr sowie die Sicherheit sind dort sicher nicht optimal und vor allem im Feierabendverkehr herrschen beim Wasserturmplatz chaotische Zustände.

Michael Bischof (FDP) meint, der Zeitungsartikel zum Verkehr vor dem Törli habe doch einiges ausgelöst, wird beispielsweise damit auch die Kommunikation zum Kanton geöffnet. Das vom Interpellanten beschriebene Chaos ist nur in ganz wenigen Momenten so. Er selbst ist auch der Meinung, dass die Poststrasse immer noch viel zu viel als Durchgangsstrasse genutzt wird. Es war aber blödsinnig und wenig vorteilhaft, wenn man beispielsweise den Gegenverkehr beim Wasserturmplatz verunmöglichen und den Fischmarkt zumachen würde. Andere Massnahmen wären noch viel wichtiger: So sieht er es nicht ein, weshalb beispielsweise die Fussgängerzone gleich unmittelbar nach dem Manor aufhört. Auch die Verkehrsflüsse können auf vielfältige Art beeinflusst werden, könnten beispielsweise längere Wartezeiten bei einigen Lichtsignalanlagen das Befahren von gewissen Strassen uninteressant machen. Neue oder andere Strassenmarkierungen sowie Signalisationen dürften sich sicher auch nachhaltig und positiv auf den Verkehrsfluss beim Wasserturmplatz usw. auswirken. Mit wenigen kleinen Massnahmen dürften Verbesserungen möglich sein und ein grösserer Handlungsbedarf ist sicher nicht nötig.

Beat Gränicher (SVP) ist ebenfalls der Meinung, dass mit der Steuerung der Lichtsignalanlagen verschiedene Verkehrsflüsse wesentlich beeinflusst und korrigiert werden könnten.

Erika Eichenberger (GL) entnimmt einigen Voten, dass unter anderem der Verkehr bei der Büchelistrasse reduziert werden soll. Sollte man dort eine Begegnungszone in Betracht ziehen, ist zu beachten, dass in solchen Zonen keine Fussgängerstreifen markiert werden dürfen. Dies dürfte beim neuen Manor und seinem Parkhaus nicht einfach sein und muss sicher gut angeschaut werden.

Diego Stoll (SP) teilt mit, dass es nicht seine Absicht ist, den Fischmarkt schliessen zu wollen. Auch die Änderung von Verkehrsflüssen wird dazu führen, dass das Problem und beispielsweise der Suchverkehr lediglich verlagert wird, ökologisch aber zu keinen befriedigenden Lösungen führen wird. Er hofft, dass nichts passieren wird und vom Stadtrat verschiedene Verbesserungsvorschläge aus der heutigen Diskussion noch geprüft werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet es sinnvoll, wenn mit Signalisationen und weiteren Massnahmen der Verkehr aus Seltisberg vermehrt über den Nonnenbodenweg gesteuert werden könnte.

Stadtrat Peter Rohrbach möchte nochmals betonen, dass das Verkehrskonzept nicht in Stein gemeisselt ist, der Stadtrat aber zuerst die Entwicklung im Zusammenhang mit dem neuen Manor und seinem Parkhaus beobachten möchte, bevor man grössere Korrekturen in Erwägung zieht.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2012/20.

58 0.01.011.01 Einwohnerrat

**10. Zeughausplatz - Postulat zur Aufwertung des Zeughausplatzes
von Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2012/21)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Diego Stoll
SP Fraktion*

Liestal, 20. Oktober 2012

Postulat zur Aufwertung des Zeughausplatzes

Bereits im September 2006 wurde ein Postulat betreffend Zeughausplatz an den Stadtrat überwiesen, mit der Auflage, insbesondere der Parkplatz- und der Verkehrsführungsfrage Beachtung zu schenken (2006/116). In den Zwischenberichten und dem Schlussbericht (2006/116a, 2006/116b, 2006/116c) hat sich der Stadtrat zu einer Aufwertung des Zeughausplatzes bekannt. Gleichzeitig wurde das Postulat abgeschrieben.

In der Zwischenzeit hat sich die Situation durch den Manor-Neubau (Fertigstellung im Jahr 2013) und der deutlichen Annahme des Quartierplans Ziegelhof deutlich verändert. Mit über 500 Parkplätzen bei den beiden zukunftsweisenden Projekten ergeben sich für den Zeughausplatz neue Perspektiven. Im Abstimmungskampf zum neuen Coop wurde von der Bevölkerung immer wieder auf die Wunschvorstellung eines verkehrsfreien Zeughausplatzes hingewiesen.

Ich ersuche daher den Stadtrat zu prüfen, mit welchen Massnahmen der Zeughausplatz nach Realisierung des Quartierplans Ziegelhof zu einem attraktiven zentrumsnahen Treffpunkt aufgewertet werden kann. Mit folgenden Vorgaben:

- der Platz wird autofrei,*
- die oberirdischen Parkplätze werden aufgehoben,*
- die Verkehrsführung wird so gestaltet, dass die Zufahrt zu einzelnen Fachgeschäften gewährleistet ist.*

Diego Stoll

* * * * *

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Nicht das Thema und der Antrag des Vorstosses, sondern ganz einfach der Zeitpunkt ist falsch. Es dürfte noch einige Zeit vergehen, bis das Ziegelhofareal mit Parkhaus und Zugang vom/zum Zeughausplatz realisiert sein dürften. Der Vorstoss kommt einfach ein paar Jahre zu früh und hat nichts damit zu tun, dass der Stadtrat das Postulat inhaltlich ablehnt.

Diego Stoll (SP) hält als Postulant fest, dass bei den neuen Parkhäusern von Manor und Ziegelhof über 500 unterirdische Parkplätze realisiert werden. Und so dürften einige oberirdische Parkplätze durchaus aufgehoben werden, wie dies vom früheren Ratsmitglied Paul Pfaff schon einmal gesagt wurde. Anfangs der heutigen Sitzung hatte der Stadtrat informiert, dass es bei der Ziegelhof-Überbauung zu Verzögerungen kommen wird. Im Zusammenhang mit der Quartierplanung Ziegelhof und letztjährigen Wahlen war ein parkplatzfreier Zeughausplatz oftmals ein Thema und es wurden auch diesbezügliche Versprechen abgegeben. Würde das Postulat überwiesen, könnte sich der Stadtrat bereits jetzt mit der Umsetzung befassen. Die Realisierung könnte immer noch mit den Ziegelhof-Bauarbeiten koordiniert werden. Mit seinem Vorstoss verlangt er ja auch keine sofortige Aufhebung der Parkplätze auf dem Zeughausplatz.

Michael Bischof (FDP) bekundet Mühe damit, dass heute ein Vorstoss an den Stadtrat überwiesen wird, welcher während Jahren wegen baulichen Verzögerungen auf einer Pendenzenliste nachgeführt und nur administrativen Mehraufwand verursacht. Der Zeughausplatz liegt in einer Begegnungszone und wird somit auch künftig einen gemischten Verkehr mit Parkplätzen haben. Auch nach der Realisierung der beiden Parkhäuser Manor und Ziegelhof wird es immer noch oberirdische Parkplätze geben müssen.

Hans-Rudolf Schaefroth (SVP) führt aus, beim neuen Vorstoss handelt es sich um die Kopie eines früheren Postulates, welches aus bekannten Gründen vor gar nicht so langer Zeit vom Einwohnerrat nicht an den Stadtrat überwiesen wurde. Der Zeughausplatz soll nicht verbaut und umgenutzt werden, bevor man weiss, was mit dem angrenzenden Ziegelhofareal passieren wird. Was auf dem betreffenden Areal passieren wird, ist heute zwar bekannt, doch ist der Zeitpunkt noch unbekannt. Und so soll nicht zuerst der Garten gebaut werden, bevor man weiss, wo das Haus hinkommen soll. Bauliche Massnahmen beim Zeughausplatz vorgängig der Inangriffnahme der Ziegelhof-Bauarbeiten machen keinen Sinn. Der Postulant wird gebeten, seinen Vorstoss zurück zu ziehen und in einem späteren Zeitpunkt wieder zu bringen, wenn dies dann überhaupt noch notwendig ist. Er geht schon davon aus, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat rechtzeitig eine Vorlage betreffend der Zeughausplatz-Neugestaltung unterbreiten wird. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung nicht zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, ihre Fraktion wird der Überweisung des Postulates zustimmen. Weniger oberirdische Parkplätze und weniger Verkehr sind schon lange ein Anliegen ihrer Fraktion. Gerade der Zeughausplatz hat viel Potential und der dortige Verkehr steht auch in keinem Verhältnis zu den dort vorhandenen Parkplätzen. Ihre Fraktion ist sich auch unschlüssig, ob ein autofreier Zeughausplatz schon heute thematisiert werden soll. Mit der Postulatsüberweisung hat der Stadtrat weitere Abklärungen zu treffen, doch wird es ihm überlassen, in welchem Zeitpunkt er mögliche Änderungen und Massnahmen umsetzen möchte. Die Aufhebung von Parkplätzen ist bestimmt kurzfristig und ohne grösseren finanziellen Aufwand möglich.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion findet die Idee eines autofreien Zeughausplatzes ebenfalls gut. Das Postulat soll überwiesen werden, damit der Stadtrat auch mit der Planung beginnen kann. Die Umsetzung soll aber erst im Zusammenhang mit den Bauarbeiten beim Ziegelhofareal erfolgen und sobald auch die Parkplätze im neuen Parkhaus zur Verfügung stehen.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass in der Amtshausgasse die Strassenoberfläche saniert wurde, damit die Unfallgefahr für die Velofahrer usw. minimiert werden konnte. Dem Rat wird die zurückgestellte Vorlage betreffend der Sanierung der Amtshausgasse, der Zeughausgasse und dem Zeughausplatz zur Beschlussfassung unterbreitet, sobald die Baubewilligung und der Bauplan betreffend der Ziegelhof-Überbauung vorliegen. Das Nutzungskonzept des Zeughausplatzes wird im Einwohnerrat auf jeden Fall noch auf den Tisch kommen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit 20 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2012/21 an den Stadtrat überwiesen.

59 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Aufwertung Altstadt – Bericht Stadtrat zum Postulat von Hans Brodbeck namens der FDP-Fraktion betreffend Aufwertung der Altstadt (Nr. 2007/160)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Lorenz Rudin (FDP) hält stellvertretend für den Postulanten und namens der FDP-Fraktion fest, dass die stadträtliche Postulatsbeantwortung nachvollziehbar ist, weshalb man sich auch mit der Abschreibung des Postulates einverstanden erklären kann.

Marianne Quensel (SP) teilt mit, ihre Fraktion habe mit Murren und Knurren von der stadträtlichen Vorlage Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang ist von ihrer Partei auch die Petition „Allee für alle“ lanciert worden. Mehrheitlich wird sich aber auch ihre Fraktion mit der Abschreibung des Postulates aus dem Jahre 2007 einverstanden erklären.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) berichtet, auch die Mittefraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen. Das Allee-Projekt ist immer grösser geworden und beläuft sich schlussendlich auf 1,8 Mio. Franken, was ursprünglich nicht im Sinne des Postulanten gewesen sein dürfte. Mit kleineren Sanierungsarbeiten und dem Zurückschneiden der Sträucher und Bäume dürften vermutlich günstig Minimallösungen erreicht werden. Im Zusammenhang mit der anstehenden Bahnhofsanierung sollte dann doch auch die Altstadt-Aufwertung vom Bahnhof bis zur Allee und dem Lüdinplatz wieder thematisiert werden.

Hanspeter Zumsteg (GL) berichtet, dass aus finanziellen Gründen das Projekt nun sistiert werden soll. Vom Stadtbauamt, einer Arbeitsgruppe und in Kommissionen ist zum Gesamtprojekt schon einiges an Arbeit geleistet worden. So liegt bereits die gut ausgeschaffene Planzeichnung „Gestaltungskonzept Allee / Lüdinpark“ vom 15. Juni 2009 vor. Es ist unvernünftig, die ganzen Projektarbeiten zu schubladisieren, zumal gemäss früherem Zwischenbericht des Stadtrates auch einzelne Teilprojekte unter Berücksichtigung der knappen Finanzen etappiert verwirklicht werden könnten. Die Grüne Fraktion wird nicht zustimmend von der stadträtlichen Postulatsbeantwortung Kenntnis nehmen. Auch will seine Fraktion das Postulat nicht abschreiben.

Matthias Zimmermann (SP) führt aus, dass bei einer Abschreibung des Postulates ein wichtiger Prozess mit vielen Beteiligten abgebrochen und bereits geleistete gute Arbeit in den Sand gesetzt würde. Auch wenn nicht alles Geplante wegen dem fehlenden Geld realisiert werden kann, sollte der Prozess weitergeführt und einzelne Teilprojekte hin realisiert werden. Auch er gehört der Minderheit seiner Fraktion an, welche die stadträtlichen Anträge nicht unterstützen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) gibt bekannt, auch seine Fraktion findet es schade, dass man auf halbem Weg stehen bleibt und das Projekt abbricht. Doch sind die Schlussfolgerungen des Stadtrates nachvollziehbar und somit wird man auch der beantragten Abschreibung des Postulates zustimmen. Er kann das Votum des Sprechers der Mittefraktion unterstützen und möchte dem Stadtrat ebenfalls beliebt machen, dass einige Verbesserungsmassnahmen auch mit kleinen Schritten in die Wege geleitet würden. Die Postulatsabschreibung hätte zudem den Vorteil, dass zur gegebenen Zeit wieder ein neuer Vorstoss eingereicht werden könnte.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sich auch der Stadtrat nicht mehr zum Geschäft äussern möchte.

- ://: Mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen nimmt der Einwohnerrat Kenntnis von der stadträtlichen Postulatsbeantwortung.

- ://: Das Postulat Nr. 2007/160 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach Umfrage feststellen, dass keine Ratsmitglieder, welche neue Motionen oder Postulate eingereicht haben, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes mündlich begründen möchten.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Gerhard Schafroth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann